

Rede zur Verabschiedung von Haushaltplan und Stellenplan 2017/18

Jochen Bilstein, SPD - Fraktion

Wir hören oft in diesen Wochen, wenn es um den Haushalt der Stadt geht, die Klage, wir versündigten uns an den kommenden Generationen, denen wir die Schulden hinterließen. Der Gedanke ist natürlich nicht falsch, er unterschlägt aber, dass wir in gleicher Weise eine Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger, ob jung oder alt, haben, die in unserer Stadt heute und zukünftig leben. Es sind keine Luftschlösser, die wir in den meisten Fällen gemeinsam auf den Weg gebracht haben und noch bringen wollen: Hallenbad, Schulen und Kindertages- und Sportstätten, solche Einrichtungen gehören zu unseren Städten, auch zu Wermelskirchen. Und sie sind kein Luxus, sie gehören zur Grundausstattung einer lebenswerten Stadt. Das an den Anfang meiner Rede zum Haushalt der Jahre 2017/18 zu stellen bedeutet keineswegs eine Abkehr von dem gemeinsam getragenen HSK und dem Ziel einer Konsolidierung des Haushalts. Es bedeutet aber zugleich ein klares Bekenntnis zur Sicherung wie Fortentwicklung der Infrastruktur von Wermelskirchen:

- Die Qualität der Ausstattung unserer Schulen hatte im Rat dieser Stadt immer eine hohe Priorität. Damit das auch in den kommenden Jahren für jetzige wie zukünftige Schülerinnen und Schüler so bleibt, müssen wir finanzielle Anstrengungen auf uns nehmen. Da steht an vorderster Stelle die Baumaßnahme Sekundarschule. Für ihren langfristigen Erfolg ist die Umsetzung eines Raumprogramms notwendig, das dem vom Rat einstimmig beschlossenen pädagogischen Konzept in seinen wesentlichen Zügen gerecht wird. Die Qualität unseres örtlichen Schulangebots und seine Durchlässigkeit hängt aber nicht nur von einer Schule ab. Daher müssen wir ein Gesamtpaket schnüren, das die notwendigen Investitionen an allen Schulen enthält, Maßnahmen zur Erweiterung der

Raumangebote der offenen Ganztagschule am Schwanen, in Hünge und nach meiner Auffassung auch an der Tenter Grundschule. Erhebliche Modernisierungen sind im Gymnasium erforderlich, ich nenne beispielhaft nur an die Sanierung der Toilettenanlagen.

- Nach der Gemeindehaushaltverordnung stellt der Betrieb eines Hallenbades zwar eine „freiwillige Leistung“ dar, sie ist aus meiner Sicht jedoch ein unverzichtbarer Bestandteil unserer öffentlichen Angebote für die Bürgerschaft. Ein Neubau ist unverzichtbar, über den Standard wurde und wird gerade diskutiert auch im Zusammenhang mit den Baukosten wie zukünftigen Betriebskosten, die vor allem im energetischen Bereich wesentlich niedriger sein müssen, um auch die Wirtschaftlichkeit eines neuen Hallenbades nachweisen zu können. Die für eine Bauplanung notwendige Standortentscheidung ist nach Auffassung meiner Fraktion getroffen: Der obere Ascheplatz im Eifgen.
- Das muss gemeinsam mit der Entscheidung für einen zweiten Kunstrasenplatz gesehen werden, für den wir den Bereich Eifgen als Standort gegenüber den Vereinen im Wort sind. Und auch diese Investition ist kein Luxus. Es war ein Versäumnis von Politik, Verwaltung und Sportvereinen gleichermaßen, nicht früher wie in anderen Städten solche Plätze auch in unserer Stadt geschaffen zu haben. Das Sportangebot in Wermelskirchen sagt eine Menge aus über die Lebensqualität einer Stadt.
- Schließlich steht eine Entscheidung an, die wir seit Jahren vor uns herschieben, die Investition in unseren Brandschutz und damit in unsere Feuerwehr, die ja eine freiwillige mit hauptamtlichen Kräften ist. Dieses für unsere Stadt unverzichtbare Ehrenamt wird sicher wertgeschätzt, aber

davon allein kann die Institution nicht leben. Ein Neubau für die Wehr in Dabringhausen – unabhängig von der Antwort auf die Frage nach der Erforderlichkeit einer zweiten hauptamtlichen Wache – ist ebenso dringlich wie die Erweiterung des Standorts Eickerberg.

- Ich möchte es auch nicht versäumen, das Projekt „Jugendfreizeitpark“ zu erwähnen, für das zwar noch mehr finanzielle Mittel erschlossen werden müssen, das aber planerisch sehr weit fortgeschritten ist, ein großer Erfolg angesichts der Widerstände, die es zu überwinden galt.

Die auf Antrag der SPD – Kreistagsfraktion beschlossene Entlastung der Kommunen aus einer Rückerstattung des LVR, für Wermelskirchen rund 800 Tausend Euro, sowie Landesmittel für die Renovierung für Schulen in den kommenden drei Jahren können die genannten Aufwendungen nicht auffangen, wohl aber etwas erträglicher machen.

- Kosten uns die bisher genannten Projekte Geld, so ist die Entwicklung des Loches Platzes zweifach auf der Haben – Seite zu verzeichnen. Hier sind wir jetzt in eine Phase getreten, in der wir gesicherte Prognosen abgeben können. Eingetreten ist, was einige zu verhindern versucht und andere angesichts zweier gescheiterter Versuche nicht mehr für realistisch gehalten haben. Jetzt liegen vier diskussionswürdige Vorschläge auf dem Tisch, der Vertragsrahmen ist schon weit ausgefüllt, und wir schaffen es hoffentlich, vor der Sommerpause den Sieger zu küren.

War da nicht noch etwas? HSK! Ja, wir haben vor 5 Jahren ein Haushalts sicherungskonzept beschlossen und als Ziel einen ausgeglichenen Haushalt.

Bei den Beratungen zum ersten Doppelhaushalt Haushalt 2017/18 in den Fachausschüssen wurde deutlich, dass zumindest die Politik hier keine wesentlichen Sparvorschläge machen konnte. So schnell wie in den Jahren seit dem HSK wurden noch keine Haushaltplanberatungen abgewickelt. All die kostenträchtigen, meist investiven Maßnahmen wurden fast immer einstimmig beschlossen. Damit verträgt es sich aber nicht, sich mit den Projekten zu schmücken und anschließend mit dem Verweis auf den drohenden Pleitegeier aus der gemeinsamen Verantwortung zu verabschieden.

Lediglich die Ausweitung des Stellenplanes, wie sie die Verwaltung in ihrer Vorlage vorschlägt, hat zu kontroversen Diskussionen zwischen den Fraktionen geführt. Das ist im Grundsatz auch richtig. Schließlich sind Personalkosten erheblich und fortdauernd. Nur müssen die Entscheidungen für oder gegen Stellenausweitungen sachgerecht und begründet sein. Dies gilt für Verwaltung wie Politik gleichermaßen. Ohne das Wissen um die Notwendigkeit einer Stellenausweitung in einzelnen Fachämtern bildhaft gesprochen als Politik mit Schrot auf Spatzen zu schießen, ist aber falsch und hochproblematisch, werden dabei doch Stellen getroffen, die die Verwaltung für von der Politik in Auftrag gegebene Projekte dringend benötigt. Es ist aber auch nicht zielführend, wenn die Verwaltung auf eine ausführliche Begründung für weitere Stellen verzichtet. Das, was das Amt für Gebäudewirtschaft in der Ältestenratssitzung vom vergangenen Donnerstag zur Begründung weiterer Stellen vorgelegt hat, hätte ich mir im Prinzip für alle Stellen gewünscht. Daher sollten wir nach den Sommerferien gemeinsam, Verwaltung und Politik, über transparentere und

aussagekräftigere Verfahren bei der Veränderung des Stellenplans für die Zukunft sprechen. Dem Verwaltungsentwurf für 2017/18 werden wir zustimmen. Wir tun das, weil wir hohe Erwartungen, was Qualität und Schnelligkeit anbelangt, hohe Erwartungen in die Arbeit der Verwaltung haben, weil wir angesichts der Aufgaben, die in den vergangenen Jahren nicht erledigt wurden und angesichts der Fehler in der Verwaltung wegen einer verfehlten Personalpolitik in den Jahre vor 2015, die unsere Stadt erhebliche Summen gekostet hat und vielleicht noch kostet, eine Reduzierung der Stellenzuwachses auf Zuruf ablehnen.

Meine Fraktion ist aber sehr wohl bereit, über eine Fortschreibung des HSK in den nächsten Monaten mit der Verwaltung zu sprechen mit dem Ziel weitere Einspar- wie Einnahmepotentiale zu ermitteln, die der Haushaltskonsolidierung dienen.

Heute wird die SPD – Fraktion Stellenplan und Haushaltplan wie von der Verwaltung für diese Ratssitzung vorgelegt zustimmen.